Teure US-Berater organisieren die De-Industrialisierung und Verarmung Deutschlands. Von **Werner Rügemer**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230922-Wachstum-pervers-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die Kapital-Postille *Handelsblatt* kann sich gar nicht genug einkriegen: Auf sieben Seiten feiert sie in einer Titelgeschichte „die Dealmaker der deutschen Wirtschaft“ (Wochenend-Ausgabe 15.-17.9.2023). Vorgestellt werden 24 Investmentbanken, Anwaltsfirmen, Unternehmensberatungen, PR-Agenturen, jeweils mit ihren Deutschland-Filialen und bekanntesten Vertretern. Die Wirtschaft schrumpft – und die Berater verdienen sich dumm und dämlich: Besteht da vielleicht ein Zusammenhang? Dieser Frage geht das *Handelsblatt* natürlich nicht nach.

Vorherrschaft der US-Berater

Schauen wir deshalb mal genauer hin: Von den 24 Beratungsunternehmen sind 22 die deutschen Filialen von Unternehmen aus den USA. Sie sind es, die die deutsche Wirtschaft umkrempeln, vielfach schon seit zwei Jahrzehnten, der allgemeinen und politischen Öffentlichkeit weithin unbekannt. Sie wollen, sollen jetzt für die „digital-nachhaltige Transformation“ deutsche Unternehmen noch mehr als bisher schon bei Verkäufen und beim Einstieg von internationalen Investoren sowie beim Abgreifen von deutschen staatlichen Subventionen beraten und die Verträge aushandeln.

Der deutsche Bundeskanzler und der deutsche Wirtschafts- und Umweltminister und der deutsche Finanzminister wollen „die deutsche Wirtschaft“ umweltgerecht und digitalisiert neu voranbringen. Aber wie sieht diese Wirtschaft mit diesen Beratern dann aus? Und wenn dazu der Bundeshaushalt sowieso ein Kriegshaushalt ist, nach US-Vorgaben? Und wenn der Bundeshaushalt zum Beispiel allein für Intel in Magdeburg mit 10 Milliarden Euro zusätzlich überschuldet wird, während die Gewinne in die USA fließen?

Schauen wir uns einige „Erfolge“ an, die das *Handelsblatt* aus der aktuellen Tätigkeit der Berater feiert.

Beraten von Goldman Sachs: Viessmann verkauft an Carrier Global

2017 feierte Viessmann sein 100-jähriges Firmenjubiläum. Bundeskanzlerin Angela Merkel war vor Ort und lobte das erfolgreiche deutsche Vorzeige-Unternehmen. Mit Heiztechnik, mit Klima- und Kühlgeräten, mit Wärmepumpen war Viessmann groß geworden und hatte angefangen, auch in der EU zu expandieren.

Aber mit dem *European Green Deal*, beraten von BlackRock, mit der Wärmepumpen-Förderung durch die deutsche Regierung wurde Viessmann für einen viel größeren Hersteller von Klimatechnik interessant: für den US-Branchenführer Carrier Global Company mit Sitz im US-Bundesstaat Florida. Carrier bekommt in den USA aus dem *Inflation Reduction Act* noch ungleich höhere Subventionen als Viessmann in Deutschland.

So kaufte Carrier mit seinen bisher 55.000 Beschäftigten die 11.000 Beschäftigten von Viessmanns Hauptbereich Klimalösungen: Er macht 85 Prozent des Umsatzes aus, dazu gehören vor allem die Wärmepumpen. Carrier will mithilfe der Viessmann-Technologie und des von Viessmann schon bisher belieferten Marktes „die Klima- und Energie-Transformation der EU vorantreiben“. Da freut sich die Viessmann-Gründerfamilie über den Kaufpreis von 12 Mrd., der teilweise in bar und teilweise in Carrier-Aktien ausgezahlt wird. 7 Prozent der Carrier-Aktien gehören nun Viessmann. Und der Viessmann-Chef Maximilian Viessmann darf nun im 10-köpfigen Board von Carrier mitmachen.

Und wer waren die Dealmaker? „Strippenzieher“ für Viessmann war Christopher Droege von der Deutschland-Filiale der US-Investmentbank Goldman Sachs. Dazu war eingeschaltet die New Yorker Kanzlei Davis Polk, daneben die US-vernetzte deutsche Kanzlei Hengeler Müller. Und Carrier in Florida hatte die US-Investmentbank JPMorgan und die US-Kanzlei Linklaters beauftragt. Da waren auf beiden Seiten die US-Berater unter sich.

Und wer sind die führenden Aktionäre von Carrier, an die nun auch der größere Teil der mithilfe von Viessmann erwirtschafteten Gewinne fließt? Ja, richtig geraten, wie aus dem Bilderbuch: Vanguard, Capital Group, BlackRock, State Street, Geode Capital, T. Rowe Price, Dodge & Cox, Fisher Asset Management, in dieser Reihenfolge.

Beraten von Freshfields: Vonovia kauft Deutsche Wohnen

Auf Einladung der Bundesregierung unter Kanzler Schröder/SPD und Vizekanzler Fischer/Grüne hatten seit der Jahrtausendwende US-„Heuschrecken“ städtische Wohnungen zu Schleuderpreisen aufgekauft. Damit begann mit der damals ähnlich zusammengesetzten Bundesregierung wie heute die „Zeitenwende“ für das Wohnen in Deutschland. Nach der Finanzkrise, von der sie selbst gar nicht betroffen waren, kauften dann die Kapital-Aufsteiger BlackRock & Co. die überschuldeten „Heuschrecken“-Bestände

auf und bildeten daraus die noch viel größeren privaten Wohnungskonzerne Vonovia, Deutsche Wohnen und LEG (LEG = Landes-Entwicklungs-Gesellschaft, war 2005 von der NRW-Landesregierung an eine US-„Heuschrecke“ verkauft worden).

Weil BlackRock & Co. dann gleichzeitig an allen drei Wohnungskonzernen die führenden Aktionäre waren, war das schon damals ein einzigartiges Monopol. Dabei blieb es aber bei dieser nun mal auch politisch geförderten Logik nicht. Deshalb kaufte im Jahr 2021 nach mehreren Anläufen der größte Wohnungskonzern in Deutschland, Vonovia, den zweitgrößten Wohnungskonzern in Deutschland, Deutsche Wohnen. Das ist jetzt unter dem Namen Vonovia mit 550.000 Wohnungen und Gewerbeimmobilien und Parkplätzen nicht nur der weitaus größte Wohnungskonzern in Deutschland, den es jemals gab, sondern auch in der EU.

Das deutsche Kartellamt und die von Merkel/CDU und dann von Scholz/SPD geführten Bundesregierungen hatten dagegen nichts einzuwenden. Ergebnis: Mit dieser beispiellosen Marktmacht werden Mieten, Nebenkosten, Preise für Eigentumswohnungen in praktisch allen größeren deutschen Städten in die Höhe getrieben; in den Subunternehmen für Verwaltung und Betrieb wird Personal abgebaut.

Und wer hat Kauf und Verkauf arrangiert, verhandelt? Vonovia holte und bezahlte die US-Kanzlei Freshfields (beliebt zum Beispiel auch bei allen bundesdeutschen Verkehrsministern seit der Autobahnprivatisierung Toll Collect). Deutsche Wohnen holte und bezahlte die US-Kanzlei Sullivan & Cromwell. Die Berater-Mannschaft von Freshfields bestand aus 23 Anwälten, die Mannschaft von Sullivan & Cromwell aus 10 Anwälten. Sie bekamen pro Stunde zwischen 600 und 2.000 Euro, und weil viele von ihnen zugleich Miteigentümer ihrer Kanzlei sind, sind sie noch am jährlichen Gewinn beteiligt, der bei solchen Aufträgen anfällt.

Und wer sind die Aktionäre des neuen „deutschen“ Super-Wohnungs-Monopols? Vonovia selbst gibt nur diejenigen an, die über 3 Prozent haben: der norwegische Öl-Staatskonzern Norges, dann BlackRock und der weltweit aktive Pensionsfonds APG mit Sitz in der Finanzoase Amsterdam sowie die Fondsgesellschaft DWS der Deutschen Bank, wobei diese Bank ja auch keine „deutsche“ Bank mehr ist, was die führenden Aktionäre angeht, da tummeln sich Vanguard, Norges, Goldman Sachs, BlackRock über die Tochterfirma iShares mit deren Finanzprodukt ETF…

Magdeburg: Baker McKenzie, Linklaters und FGS Global beraten Intel

Der US-Chiphersteller Intel aus dem Silicon Valley plant in Magdeburg/Sachsen-Anhalt zwei

neue Chipfabriken, die ab 2027 produzieren sollen. Das ist die größte Einzelinvestition eines Unternehmens überhaupt im Standort Deutschland. Dafür hat Intel mithilfe seiner Berater inoffiziell bereits eine staatliche Subvention von 10 Mrd. Euro zugesagt bekommen. Das stellt allerdings noch nicht die Endforderung dar. Denn mit den heute üblichen und regierungsamtlich unterstützten Begründungen fordert Intel wegen steigender Energie- und Baupreise noch mehr. Für die benötigten drei Millionen Quadratmeter müssten viele, bisher landwirtschaftlich genutzte Böden aufgekauft werden.

Staatliche Subventionen, ohne die der heute US-geführte Kapitalismus, entgegen seiner Markt-Irrlehre, gar nicht mehr handlungsfähig ist, fordert Intel auch von der EU. Deshalb hat die EU nachgemacht, was die USA vorgemacht haben: Mit dem *European Chips Act* sollen für neue Chip-Produktion etwa auch in Polen, Italien und Frankreich insgesamt 43 Mrd. Euro lockergemacht werden, vor allem für US-geführte Konzerne.

Und wer sind die Intel-Berater? Die US-Kanzlei Baker McKenzie – aus der zufälligerweise auch die gegenwärtige Chefin der EZB kommt, Christine Lagarde – hat für das US-Chipprojekt in Brüssel eine Mannschaft aus 20 Anwälten gebildet. Sie beraten die Europäische Kommission, die selbst nicht so genau weiß, was sie machen soll.

Für die Beratung der deutschen Regierung in Berlin hat Intel die US-Kanzlei Linklaters mit etwas kleinerer Mannschaft eingesetzt. Sie bearbeitet auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Es geht neben Immobilien-, Vergabe-, Baurechtsfragen um staatliche Zuschüsse: Alle staatlichen Ebenen sollen Subventionen leisten, neben der EU auch die Bundesregierung, die Landesregierung, auch die Stadt Magdeburg und betroffene Kommunen im Umland. Für lokale Nebenfragen hat Intel noch die kleine deutsche Kanzlei Wolter Hoppenberg beauftragt.

Für die Interessen von Magdeburg hatte die Stadt vor zwei Jahren den Ex-Oberbürgermeister Lutz Trümper/SPD benannt. Er hat aber im August 2023 sein Amt aufgegeben: Gegen den Einfluss von Baker McKenzie und Linklaters kam er nicht an.

Auch Medien-Beratung

Damit der mehrjährige Entscheidungsprozess gut für Intel läuft, hat der Konzern auch eine PR-Agentur beauftragt: FGS Global. Diese Agentur entstand aus der ursprünglich deutschen PR-Agentur Hering Schuppener in Düsseldorf. Sie ging aber mit dem Erfolg dann in FGS Global auf, die ihren Hauptsitz in New York und inzwischen acht Filialen in Europa hat. FGS Global erwarb ihre Verdienste – im doppelten Sinne – in Deutschland unter anderem beim erfolgreichen medialen Herunterstufen des VW-Diesel-Skandals, der bald kein Skandal mehr

war.

Medien-Beratung bedeutet heute auch: Verhinderung von wichtiger Information. So hätten wir fast die Frage vergessen, die auch von unseren offensichtlich einschlägig beratenen privaten wie öffentlichen Leitmedien und von „unserer“ Bundesregierung und von der sachsen-anhaltischen Landesregierung immer vergessen wird: Wem gehört eigentlich Intel?

Langweilig, oder? Warum soll es denn wichtig sein, wer über die Produktion entscheidet und wem sowohl die Subventionen wie die Gewinne zufließen? Das ist doch im Kapitalismus sowas von unwichtig, oder? Für US-Kapitalisten besonders, oder? Für die ökonomische Alphabetisierung also mal ein paar einfache Anfangs-Infos: die führenden Eigentümer von Intel sind, in dieser Reihenfolge: Vanguard, BlackRock, State Street, Geode, Capital Group, Norges – die kennen Sie ja auch schon bei Viessmann, bei Vonovia…

Auch Abgeordnete, hohe Beamte wollen mitmachen

Das *Handelsblatt* zählt noch viele Unternehmen auf, die sich für ihre digital-nachhaltige Transformation von den gelobten Beratern in den letzten Jahren beraten ließen: Thyssen-Krupp beim Verkauf der Aufzugssparte, Covestro beim Einstieg des Abu-Dhabi-Ölkonzerns Adnoc, Lufthansa beim Ein- und Ausstieg von Aktionären und bei der staatlichen Rettung, Uniper ebenfalls bei der staatlichen Rettung, RWE und Eon beim Einstieg in die „Nachhaltigkeit“, und dann noch zum Beispiel REWE, KiK, Henkel, Siemens, Hellofresh, Zalando, Axel Springer, Scout24, BMW, Henkel, Douglas, Aldi undsoweiter… Auch die Bundesregierung engagiert diese Berater bei den politischen Narrativen Nachhaltigkeit und Digitalisierung, spricht aber nicht darüber.

In der Regel werden mehrere dieser Berater gleichzeitig engagiert, für PR, Finanzierung, Subventionen, Arbeitsrechte, Teilverkauf, Auslagerungen. Für die Beratung des nicht börsennotierten Mittelstands – in besseren Zeiten gefeiert als „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ – nennt das *Handelsblatt* die sowieso schon seit der Jahrtausendwende aktiven „Heuschrecken“-Investoren Blackstone, KKR, CVC, Bain, Permira: Die haben jetzt noch mehr zu tun, und ebenso die öffentlich so gut wie unbekannten Privatbanken Lazard und Rothschild.

Die Berater schwimmen in Aufträgen. Sie stellen ein und können aus einem überquellenden Reservoir an Bewerbungen auswählen. Für die exklusiven Treffen, für die jeweils ein ganzes Luxushotel gebucht wird, hat es in der letzten Zeit „so viele Bewerbungen wie noch nie gegeben“, berichtet das *Handelsblatt*. Zur Mehrzahl der Teilnehmer, so heißt es weiter, gehören natürlich Manager, „aber auch Abgeordnete, Wissenschaftler und hohe Beamte,

etwa von Bundesbehörden.“

„Vorzeigefrau“

Das *Handelsblatt* feiert bei den Beratern auch eine neue, junge Berater-Generation, die sei vielfach weiblich, unkonventionell. Sie klüngeln nicht mehr wie bisher bei Treffen in den Fußball-Promi-Logen und auf Golfplätzen, sondern pflegen ihre Präsenz über LinkedIn: „Die alten weißen Männer sind nicht mehr unter sich“.

Bei McKinsey Deutschland ist Solveigh Hieronimus „die Vorzeigefrau“, so schwärmt das *Handelsblatt*. „Sie beschäftigte sich schon früh mit den Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung.“ Bei McKinsey wurde sie in diesen Bereichen deshalb durch die Senior-Partnerin Katrin Suder gefördert, die als Staatssekretärin unter der Verteidigungsministerin von der Leyen die Rüstungsaufträge der Bundeswehr neu organisieren sollte. Die Bundeswehr soll ja auch ihre Einsätze nachhaltiger als bisher gestalten, digitalisiert wird sie sowieso.

Zum großen internationalen Netzwerk der geförderten McKinsey-Vorzeigefrau gehört ihre Position als Young Global Leader beim *World Economic Forum* in Davos, wo Ende der 1990er Jahre schon eine gewisse Angela Merkel herangezogen worden war, zum Beispiel.

„Stramm kommunistisches Elternhaus“: Gehört auch zum Berater-Reservoir

Zu den vier im *Handelsblatt* vorgestellten Führungsfrauen gehören neben McKinseys Vorzeigefrau Solveigh Hieronimus auch Kristina Klaaßen-Kaiser von Linklaters, Anahita Thoms von Baker McKenzie, Franziska Kayser von KKR und Christina Raab, die Deutschland-Chefin der US-Unternehmensberatung Accenture, die inzwischen McKinsey weit überflügelt hat und nebenbei die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter berät.

Aber auch Andrea Panzer-Heemeier gehört dazu. Sie arbeitet in der Wirtschaftskanzlei Arqis. Sie ist die einzige deutsche Beratungsfirma im *Handelsblatt*-Bericht und mit nur 80 Anwälten ein Zwerg im Vergleich zu den US-Beratungsfirmen. Aber Arqis agiert laut Selbstdarstellung „auf höchstem Niveau“, international, mit Standorten in Düsseldorf, München und Tokio. Das Einstiegsgehalt im ersten Jahr beträgt 120.000 Euro. „Referendar:innen erhalten 750 Euro pro Wochenarbeitstag“, so heißt es auf der website der Kanzlei.

Da kann man auch ex-linkes Personal gut gebrauchen, für besondere Aufgaben, die auch noch wichtig sind: „Panzer-Heemeier war Mitglied der Sozialistischen Deutschen

Arbeiterjugend, Sommerurlaube mit den Eltern in der DDR. Andrea Panzer stammt aus einem stramm kommunistischen Elternhaus in Hagen. Dann führte ihr Weg sie in die erste Riege der Arbeitsrechtlerinnen – als Beraterin deutscher Konzerngrößen,“ so das *Handelsblatt*.

Einer der Erfolge der Ex-Kommunistin: „2016 erkämpfte sie, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die zuvor vom Kartellamt untersagte Fusion von Tengelmann und Edeka aufgrund weitgehender Arbeitsplatzgarantien doch noch genehmigte.“ Und dann ging es weiter aufwärts: „Der Tengelmann-Erfolg war 2017 auch ihre Eintrittskarte für die Beratung des VW-Betriebsrats. Und als dessen Generalsekretär Gunnar Kilian 2018 in den Konzernvorstand aufrückte, wollte er dort auf den Rat von Panzer-Heemeier nicht mehr verzichten.“ Alles klar?[*]

[«*] Genaueres zur „zivilen Privatarmee“ der US-Investoren, die mit Schröder/Fischers „Agenda 2010“ sich in Deutschland festsetzten in: Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, 3. Auflage Köln 2021, Seite 224ff.